



Instagram gehört zum US-Technologiekonzern Meta Platforms, Inc. | © Brett Jordan, Canva (KI bearbeitet)

## Union-Post geht nach hinten los

22. Oktober 2026

*Die [Mittelstands- und Wirtschaftsunion Potsdam](#) (MIT) hatte auf Instagram einen Beitrag veröffentlicht, der den nationalsozialistischen Begriff „Judenfrage“ verwendete. Der Post bezog sich auf die Koalitionssondierungen von Linken, Grünen und SPD in Berlin, worüber zynisch geurteilt wurde: „Judenfrage geklärt, jetzt wird enteignet. Damit ist die Brandmauer gefallen.“ Der Post löste heftige Empörungen aus, auch bei Unionsnahen Institutionen.*

Die Potsdamer Verbände von Linken und Grünen bezeichneten den Beitrag als Tabubruch und forderten eine öffentliche Entschuldigung. **Leonel Richy Andicene**, Vorsitzende der SPD-Jugendorganisation, erklärte: „Die Mittelstandsunion Potsdam macht mit dem antisemitischen Begriff „Judenfrage“ die Sprache der Verfolgung und Vernichtung europäischer Jüdinnen und Juden zum Material ihrer Social-Media-Propaganda. Das ist

eine widerwärtige Grenzüberschreitung.“

### **Forderung nach personellen Konsequenzen**

Die Junge Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft Brandenburg (JCDA) reagierte scharf und erklärte: „Gerade innerhalb der Unionsfamilie darf so etwas nicht unwidersprochen bleiben. Wir erwarten eine unverzügliche Distanzierung, eine öffentliche Entschuldigung und klare personelle Konsequenzen!“

Brandenburgs Innenminister und CDU-Landeschef **Jan Redmann** äußerte sich gestern zu dem Beitrag und sagte, dass der Post Sensibilität vermissen lasse, aber nicht antisemitisch gemeint sei. (red)